

Bericht 09.02.2022 in Wuppertal

Die erste öffentliche Veranstaltung der Speakerstour von am Dienstag, 09.02.2022 in Wuppertal statt: Es nahmen 33 TN teil, coronabedingt nur 17 präsent und weitere 16 online. Klaus Hess vom Informationsbüro Nicaragua hat sie begrüßt. Weiterer Veranstalter war das Wuppertaler Aktionsbündnis Gerechter Welthandel.



Pati Juan Pineda hat die Situation der Industrie-Arbeiter*innen in Mexiko beschrieben. Schwerpunkt war das Verhalten der deutschen Investoren hinsichtlich ihrer Verstöße gegen die Menschenrechte. Klaus Hess hat einen Überblick über die Freihandelsabkommen gegeben, die bestehenden und das geplante EU-Mexiko-Abkommen: Seit 2002 ist nicht ein einziges Menschenrechtsverfahren geführt worden, aber die Unternehmen haben vor den Schiedsgericht den mexikanischen Staat auf Milliardensummen verklagt.

Kai Beutler vom Internationalen gewerkschaftlichen Arbeitskreis Köln IgAKK hat einen Input zu den Außenhandelsbeziehungen zwischen Mexiko und der EU bzw. Deutschland gegeben. Er hat auch die Inhalte des deutschen Lieferkettengesetzes skizziert und die damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten für Betriebsräte, Gewerkschaften und NGOs. Der Bundestagsabgeordnete Helge Lindh hat das ergänzt.

Zum Schluss wurde erörtert, was man konkret tun kann, um die Einhaltung der Menschenrechte in Mexiko mit Hilfe des Lieferkettengesetzes zu verbessern. Es wurde dem Bundestagsabgeordneten Helge Lindh eine Petition zur Umsetzung des Lieferkettengesetzes für Mexiko übergeben. Er nahm die Forderungen an und versprach, sie den drei zuständigen Ministerien zu vermitteln.



Abb.: Übergabe der Petition zum Lieferkettengesetz LkSG an MdB Helge Lindh durch die mexikanische Gewerkschaftsaktivistin und Menschenrechtsanwältin Patricia Juan Pineda und Burhan Perisan vom Internationalen Gewerkschaftlichen Arbeitskreis Köln IGAKK

Die Anforderungen wurden zusammen mit der mexikanischen Gewerkschaftsaktivistin Patricia Juan Pineda entwickelt und übergeben. Sie äußerte die Befürchtung, dass die Wirkung des deutschen Gesetzes in Mexiko verpuffen könnte, da die Regelungen zu unspezifisch seien, insbesondere der Beschwerdemechanismus Mexiko. Sie schilderte eindrücklich die Verstöße deutscher Unternehmen in Mexiko gegen die Menschenrechte, speziell die Vereinigungsfreiheit in Gewerkschaften: Wahlen werden behindert, Tarifverträge

unter der Hand mit Scheingewerkschaften abgeschlossen, Gewerkschaftsaktivisten entlassen oder sogar bedroht. Ein positives Signal ist dagegen der Sieg der unabhängigen Gewerkschaft Sinttia bei General Motors am 02.02.2022: Sie erreichte 76% der Stimmen der ca. 6.300 Arbeiter*innen im Werk Silao. Der Erfolg basiert in erster Linie auf dem Mut und dem Engagement der mexikanischen Gewerkschafter*innen. Er wurde erst möglich durch den Beschwerdeprozess im nordamerikanischen Handelsabkommen T-MEC und die Unterstützung der kanadischen und US-amerikanischen Gewerkschaftskolleg*innen.



Abb.: Erfolg der unabhängigen Gewerkschaft Sinttia bei General Motors in Silao, Foto rechts: Quelle Reuters

Insofern sind 3 Voraussetzungen für eine wirksame Einführung des deutschen Lieferkettengesetzes erforderlich:

1. In Mexiko selber muss es eine Anlaufstelle geben, welche Beschwerden zeitnah in betriebliche Maßnahmen umsetzt und die Beschwerdeführer*innen schützt. Es muss auch ein akkreditiertes Unterstützernetzwerk in Mexiko aufgebaut werden.
2. In Deutschland ist gesetzlich vorgesehen, dass auch die hiesigen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen mexikanische Beschwerden unterstützen können. Dafür müssen sie befähigt werden - auch mit entsprechenden Ressourcen.
3. Der Prozess muss durch die Bundesregierung mit den beteiligten Organisationen bewertet und erforderliche Korrekturmaßnahmen umgehend eingeleitet werden.